Sachs, Max ♂ MdL, SPD-Politiker, Journalist, Redakteur, Gegner des NS-Regimes, ✶ 23.09.1883 Breslau (poln. Wrocław), † 05.10.1935 KZ Sachsenburg, ⚱ Bielefeld.

Vater: Bankier; **Geschwister**: Paul; Erna; ⚭ 1910 Maria Friederike Adele, geb. Meyer; **Tochter**: Edith (✶ 1911); Klara Ursula (später Claire), verh. Ehrmann (1916–2008).

S. war der Sohn eines jüdischen Bankiers, legte allerdings später seinen Glauben ab. Er wuchs im gut situierten Bürgertum in Breslau auf, wo er seine schulische Ausbildung bis zum Abitur am Städtischen evangelischen Gymnasium St. Maria Magdalena absolvierte. Nach dem einjährigen Militärdienst absolvierte er mit der Perspektive auf Übernahme der väterlichen Geschäfte eine kaufmännische Ausbildung zum Handlungsgehilfen. Anschließend studierte er 1902 bis 1904 Handelswirtschaft an der Leipziger Handelshochschule und nach dem Diplom Staatswissenschaften in Tübingen, wo er 1907 mit einer Arbeit über „Das Krankenkassenwesen in Stuttgart bis 1904“ zum Dr. rer. pol. promoviert wurde. – Geprägt von seinem Wissen um ökonomische und soziale Zusammenhänge, trat S. 1906 der SPD bei und nahm vorrangig journalistische Tätigkeiten für die Partei wahr. So war er von Dezember 1906 bis März 1907 Berichterstatter der „Mainzer Volkszeitung“ und des „Offenbacher Abendblatts“. Von April 1907 bis Dezember 1910 arbeitete er als Redakteur der „Volkswacht“ in Bielefeld, wo er auch seine Frau kennenlernte und heiratete. Im Januar 1911 übernahm S. die Wirtschaftsredaktion der „Dresdner Volkszeitung“. Später war er bis zum Verbot der Zeitung durch die Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 für die Ressorts Innenpolitik, Außenpolitik und Handel zuständig. S. schrieb seit 1914 auch für die Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“ sowie seit 1920 für die sozialdemokratische „Neue Zeit“ und veröffentlichte noch im Frühjahr 1933 Artikel in dem vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Fachorgan „Die Arbeit“. Im parteieigenen Verlag Kaden & Comp. in Dresden publizierte S. ebenfalls. 1919 gab er beispielsweise die Broschüre „Teuerung und Gelden-

twertung“ heraus. Seine Beiträge in der überregional bedeutsamen „Dresdner Volkszeitung“ verschafften ihm eine hohe Popularität, da er komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge plausibel und verständlich darlegen konnte. – Im Zuge seiner Anstellung in Dresden engagierte sich S. auch zunehmend politisch, was sich beispielsweise in seinem Auftreten als Redner auf den Antikriegskundgebungen der SPD in Dresden im Juli 1914 deutlich zeigte. So war er bis 1922 Gemeindevertreter für die SPD in Briesnitz (bei Dresden, 1921 eingemeindet) und 1922 bis 1924 Stadtverordneter in Dresden. 1920 nahm er am SPD-Parteitag in Kassel teil. 1922 bis 1926 war S. zudem Mitglied der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Dort gehörte er dem Prüfungsausschuss als Schriftführer sowie mehreren Untersuchungsausschüssen an. Überdies war S. Mitglied des Ausschusses für Wohnungsfürsorge und saß aufgrund dessen seit 1922 auch im Aufsichtsrat der Landessiedlungsgesellschaft Sächsisches Heim GmbH. In erster Linie bearbeitete S. wirtschaftspolitische Themen, zudem meldete er sich im Parlament zur Miet- und Wohnungspolitik, zur Versorgungssituation der Bevölkerung und zu Fragen der Gewerbesteuer zu Wort. S. gehörte dem Landtag in der schwierigen Phase des „linksrepublikanischen Projekts“ (Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD) an, das im Herbst 1923 durch die Reichsexekution und den Einsatz des Militärs teilweise gewalttätig und blutig beendet wurde. Unter diesem Eindruck wurde S. im Januar 1924 auch Mitglied des Untersuchungsausschusses, der sich mit dem Verhalten der Reichswehr beschäftigte. Die mit der Kooperation der beiden Parteien verbundenen Auseinandersetzungen um die Ausrichtung der sächsischen SPD sollten schließlich seinen parlamentarischen Werdegang beeinflussen. Scheidemarke bildete dabei der sog. Sachsenkonflikt zwischen den Anhängern der ehemaligen USPD und der MSPD in der SPD, in dem S. zwar einerseits im Januar 1924 für eine große Koalition mit den bürgerlichen Parteien DDP und DVP stimmte, sich aber andererseits auch für die von der linkssozialdemokratischen Gruppe im März 1926 geforderte vorzeitige Auflösung des sächsischen Parlaments aussprach. S. versuchte in diesem Konflikt weniger zu polarisieren und schloss sich auch keiner Seite eindeutig an. Vielmehr wünschte er den Ausgleich innerhalb der eigenen Fraktion und gründete mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Alfred Fellisch die sog. Mittelfraktion, die durch sachbezogene und positive Politik -

etwa in den Bereichen Wohlfahrtspflege oder Amnestiegesetzgebung - die beiden Flügel zueinander bringen wollte. Dieser tagespolitisch-pragmatische Ansatz findet sich bereits in seinen Schriften der frühen 1920er-Jahre, konnte aber im Zuge des Konflikts in Sachsen nicht realisiert werden. S. wurde im Herbst 1926 von der linkssozialdemokratisch orientierten Leitung des SPD-Bezirks Dresden-Ostsachsen nicht wieder als Kandidat für die Landtagswahlen aufgestellt. Noch drei Jahre später ließ man ihn deswegen bei der Nominierung für den Reichsparteitag durchfallen. Fortan arbeitete er nur noch im journalistischen Bereich. – Nachdem bereits vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten das Haus der Familie Sachs in Dresden-Briesnitz Ziel von Überfällen gewesen war, wurde S. im März 1933 mit anderen Redakteuren der „Dresdner Volkszeitung“, z.B. Kurt Heilbutt, von den Nationalsozialisten verhaftet, im Dresdner Polizeipräsidium festgehalten und misshandelt. Gleichzeitig wurde seine Privatbibliothek verbrannt. Später wurde er in das Gefängnis Mathildenstraße überstellt. Überlieferungen von Mithäftlingen, unter ihnen auch der spätere sächsische Ministerpräsident Rudolf Friedrichs, berichten von seiner Kameradschaft und seiner aufrechten Haltung in dieser Zeit. Durch die Intervention der Familie gelang es, S. nach vier Monaten Haft freizubekommen. Er musste sich allerdings zweimal täglich bei der Polizei melden. Am 23.9.1935 wurde er erneut „wegen Verdachts staatsfeindlicher Betätigung“ verhaftet und zwei Tage später in das KZ Sachsenburg überführt. Dort starb S. vier Tage später an den Folgen mehrtägiger, schwerer Misshandlungen. Wegen der außergewöhnlichen Brutalität, die zum Tod von S. geführt hatte, wurden die deutschen Justizbehörden und die sozialdemokratische Exilpresse auf den Fall aufmerksam. Nach einer Untersuchung der Oberstaatsanwaltschaft Chemnitz, die auch von Reichsjustizminister Franz Gürtner verfolgt wurde, kam es im April 1936 vor dem Landgericht Chemnitz zu einem Prozess, in dem einige Beteiligte wegen Körperverletzung zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Der Leichnam von S. wurde aufgrund dieser Untersuchung erst mehrere Tage nach seinem Tod freigegeben und am 11.10.1935 im Krematorium Dresden-Tolkewitz eingeäschert. Die Beerdigung fand am Tag darauf in Bielefeld statt, wohin seine Frau und die jüngere Tochter mittlerweile gezogen waren. Denn im Zuge der zweiten Verhaftung hatte die Eigenheim-Siedlung Dresden-Briesnitz GmbH, deren Teilhaber

S. gewesen war, dessen Mitgliedschaft gekündigt und das von der Familie gebaute Haus enteignet. – Die ältere Tochter Klara war aufgrund ihrer Kontakte zu den Untergrundorganisationen von SPD und SAPD in Dresden kurz vor der Verhaftung ihres Vaters 1935 nach Holland geflüchtet. Später gelangte sie über Frankreich, wo sie 1939 den Juristen und Politikwissenschaftler Heinrich Ehrmann heiratete, sowie über Portugal und Spanien in die USA. S.s Ehefrau Maria lebte bis zum Kriegsende in Bielefeld. 1948 erhielt sie in einem Gerichtsverfahren das enteignete Haus zurück und zog wieder nach Dresden. Vor dem Landgericht Dresden kam es 1946 und 1951 zu Prozessen gegen an der Verhaftung und Tötung von S. beteiligte Personen, die zu langjährigen Zuchthaus- und Zwangsarbeitsstrafen verurteilt wurden. Ein weiterer Prozess fand 1966 vor dem Landgericht Köln statt. – Der Hammerberg in Dresden-Briesnitz, wo die Familie Sachs wohnte, wurde 1945 in Max-Sachs-Straße umbenannt. Am ehemaligen Wohnhaus Nr. 2 befindet sich noch eine Gedenktafel. Auch trug die örtliche Organisation der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Dresden den Namen „Max Sachs“.

Quellen: Inhaltsverzeichnis zu den Akten und Verhandlungen des Sächsischen Landtages vom 1.12.1922 bis 12.10.1926, 2. Wahlperiode, Dresden 1926, Teil B: Sprechregister; Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 3. Wahlperiode 1922/26, Bd. 3, Dresden 1924; Bundesarchiv Berlin, R 3001, Reichsjustizministerium, Nr. 21088, S. 151-153, Sonderarchiv der Parteien und Massenorganisationen, DY 55, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Nr. V 278/6/1566; Sächsisches Staatsarchiv - Hauptstaatsarchiv Dresden, 11380, Landesregierung Sachsen, Ministerium der Justiz und Hauptabteilung Justiz beim Ministerpräsidenten, Nr. 434, Schreiben von Marie Sachs, Flushing (Long Island) an Herrn Deutschmann, Dresden vom 14.7.1947, Schreiben der Eigenheim-Siedlung Dresden-Briesnitz eGmbH an die Landesregierung Sachsen, Justizministerium vom 24.8.1948, Schreiben des Landgerichtsrats Heinrich Kirsten (Dresden) an den Präsidenten des Landgerichtes Dresden vom 30.9.1948; The Wiener Library Institute of Contemporary History London, Dokument 058-EA-1273; L. Wieskerstrauch, Interview mit Claire und Henry

Ehrmann, Südwestfunk 1992.

Werke: Das Krankenkassenwesen in Stuttgart bis 1904, Diss. Bielefeld 1907; Rassenhygiene, in: Arbeiter-Jugend 6/1914, H. 13, S. 194f.; Die Triebkräfte der Geschichte, in: ebd. 8/1916, H. 6, S. 46f.; Die Ernährungsnot, in: ebd. 10/1918, H. 3/4, S. 21f.; Kriegskapitalismus, in: ebd. 10/1918, H. 12, S. 89f.; Sozialdemokratie und Staat, in: ebd., H. 17, S. 129f.; Das Volksvermögen im Kriege, in: ebd., H. 21, S. 162f.; Die Valuta, in: ebd. 11/1919, H. 14, S. 102f.; Teuerung und Geldentwertung, Dresden 1919; Die Notwendigkeit eines Arbeitsprogramms, in: Die Neue Zeit 2/1920, H. 39, S. 491-497, H. 40, S. 512-518; Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, in: Arbeiter-Jugend 12/1920, H. 7/8, S. 74f.; Kapitalismus und Sozialismus, in: ebd., H. 12, S. 126f.; Die kapitalistische Wirtschaft, in: ebd., H. 24, S. 271f.; Der schaffende Mensch in der kapitalistischen und in der sozialistischen Gesellschaft, in: ebd. 13/1921, H. 6, S. 189-191; Arbeiterjugend und Wiedergutmachung, in: ebd., H. 9, S. 294-296; Planwirtschaft und Sozialisierung, in: Die Neue Zeit 3/1921, H. 39, S. 448-453; Arbeitsbeschaffung durch Konsumgüterproduktion, in: Die Arbeit 10/1933, H. 2, S. 95-97.

Literatur: Festschrift zur 250jährigen Jubelfeier des Gymnasiums zu St. Maria Magdalena zu Breslau am 30. April 1893, Breslau 1893, S. 109; M. Müller-Jabusch (Hg.), Handbuch des öffentlichen Lebens, Leipzig 1925, S. 534; Dr. Max S. tot, in: Neuer Vorwärts 20.10.1935, S. 2; Neue Blutschuld des Systems, in: ebd. 1.3.1936, S. 1; Mord im Lager Sachsenburg, in: ebd. 6.6.1937, S. 4; D. Klenke, Die SPD-Linke in der Weimarer Republik, Bd. 1, Münster 1983, S. 560f.; J. Tuchel, Konzentrationslager, Boppard 1991, S. 200; S. Lässig, Sozialdemokratisches Friedensengagement, Julikrise und der 4. August 1914 in Ostsachsen, in: H. Grebing/H. Mommsen/K. Rudolph (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe, Koblenz 1993, S. 147-170; W. H. Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933, Düsseldorf 1995, S. 692; Spurensuche. Juden in Dresden, hrsg. von Hatikva e.V. Dresden, Hamburg 1995, S. 94, 115;

M. Schmeitzner/M. Rudloff, Geschichte der Sozialdemokratie im Sächsischen Landtag, Dresden 1997, S. 123f., 212f.; M. Altner, Sächsische Lebensbilder, Radebeul 2001, S. 136 (Bildquelle); C. Baganz, Erziehung zur „Volksgemeinschaft“?, Berlin 2005, S. 58, 275, 285; H. Goldhammer/K. Jeschke, Dresdner Gedenkort für die Opfer des NS-Regimes, Dresden 2006, S. 46, 92f.; Buch der Erinnerung, hrsg. von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e.V., Dresden 2006, S. 313; G. Ulbricht, Errichtung der NS-Herrschaft, in: H. Starke (Hg.), Geschichte der Stadt Dresden, Bd. 3, Stuttgart 2006, S. 413-424; M. Schmeitzner/A. Wagner (Hg.), Von Macht und Ohnmacht, Beucha 2006, S. 58, 174, 200, 316; C. F. Rüter (Hg.), DDR-Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 5, München 2004, S. 565-570, Bd. 13, München 2009, S. 281-295; J. Sheeler, From Nazi terror to a place of hope, in: Rocky Mountain News vom 26.1.2008; R. Graf, Die Zukunft der Weimarer Republik, München 2008, S. 302. – DBA III; DBE 8, S. 488; F. Osterroth, Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. 1, Hannover 1960, S. 258f. (P).

Swen Steinberg
23.3.2010

Empfohlene Zitierweise: Swen Steinberg, Sachs, Max, in:
Sächsische Biografie, hrsg. vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V.
Online-Ausgabe: https://www.isgv.de/saebi/ (8.8.2024)

Normdaten:

Permalink: https://saebi.isgv.de/gnd/133623513

GND: 133623513

SNR: 18052

Bild:

PDF-Erstellungsdatum: 8.8.2024

LaTeX-PDF